

BZ BERNER ZEITUNG WIRTSCHAFT

Gebunkertes Schwarzgeld: Schweiz will Griechenland entgegenkommen

Aktualisiert am 19.10.2011 **87** Kommentare

Griechische Staatsbürger sollen rund 200 Milliarden Euro auf Schweizer Banken liegen haben. Der Bundesrat erwägt nun die Ausarbeitung eines Steuerabkommens.



Viele Griechen haben seit Ausbruch der Finanzkrise ihr Geld von den eigenen Banken abgezogen: Alpha Bank in Athen. (Archivbild)

Bild: Keystone



Befürwortet ein Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Griechenland: Horst Reichenbach, Chef der EU-Griechenland-Taskforce. (Bild: Keystone)

In Griechenland hat heute ein neuerlicher Generalstreik begonnen. Die Gewerkschaften wollen aus Protest gegen weitere harte Sparmassnahmen das Land lahmlegen. Bisher waren es vor allem die Unter- und Mittelschichten, die Einbussen in Kauf nehmen mussten.

Mit einem Steuerabkommen nach deutschem Vorbild könnte es nun auch die vermögenden Griechen treffen, die bisher von den Sparmassnahmen weitgehend verschont blieben. Wie Horst Reichenbach, Chef der EU-Griechenland-Taskforce, gegenüber der «**Financial Times (FTD)**» berichtet, hat sich die Schweizer Regierung bereits dazu bereit erklärt, Gespräche über ein Steuerabkommen mit Griechenland aufzunehmen. Ein Treffen wird es nächste Woche geben, sagt ein Sprecher des Staatssekretariats für Finanzfragen (SIF).

Viele Steuerflüchtige seit Ausbruch der Finanzkrise

Ein entsprechendes Abkommen könnte massgeblich zur Rettung Griechenlands beitragen. Schätzungen zufolge sollen griechische Staatsbürger bis zu 200 Milliarden Euro auf Schweizer Banken gebunkert haben, berichtet die FTD. Bei einem grossen Teil könnte es sich um Schwarzgeld handeln. Im Zuge der Finanzkrise ist die Zahl von Steuerflüchtigen in Griechenland massiv gestiegen: Gemäss einer Statistik der griechischen Zentralbank sind allein seit Anfang 2010 mindestens 46 Milliarden Dollar abgeflossen. Geld, das der griechische Staat dringend benötigt. Gleichzeitig könnte das Abziehen von Bankeinlagen aus dem Land gebremst werden.

Ein entsprechendes Abkommen zwischen Griechenland und der Schweiz dürfte aber frühestens

Links

Bericht der Financial Times

Dossiers

Griechenlands Weg aus der Krise

Die Schweiz lässt Griechenland warten

Merkel will jetzt die Brandmauer doch erhöhen

«Die Altersrenten müssen gekürzt werden»

Artikel zum Thema

EU-Politiker bringt griechisch-

schweizerischen Steuerdeal ins Spiel

Ein Toter bei Strassenschlachten in Athen

Deutschland und Frankreich uneins über

Griechen-Rettung

Waldbestattungen: Skepsis bleibt

**Wie sich bis zu 200 Milliarden in Luft
auflösen
Euro leidet an Geburtsfehler**

am 1. Januar 2013 in Kraft treten, sagt Reichenbach.
Dazu brauche es einen optimalen Verlauf der
Verhandlungen. Die Schweizer Regierung habe indes
gegenüber der FTD gesagt, sie habe noch keine

Entscheidung getroffen, ob konkrete Verhandlungen aufgenommen werden.

(mrs)

Erstellt: 19.10.2011, 08:48 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)